

Demokratie-Scouts in der Kommune

Benedikt Sturzenhecker

Wie lässt sich die Partizipation von Jugendlichen an politischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen stärken? (1)

In Kommunen ist ein Großteil der Jugendlichen bisher abgekoppelt von der lokalen Öffentlichkeit und von den politischen Entscheidungen. Zugleich finden politisch aktive Erwachsene und die verfassten Gremien kommunaler Demokratie kaum Zugang zu den lokalen Jugendmilieus. Die Organisationen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit wiederum nehmen – trotz ihrer demokratischen Strukturen und trotz ihrer enormen Möglichkeiten, zur Demokratiebildung der Jugendlichen beizutragen (2) – die Aufgabe einer Integration der Jugendlichen in kommunale Diskurse und Entscheidungsprozesse kaum wahr.

In Organisationen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit wird zwar Demokratie als alltägliche Lebensform praktiziert und ihre Werte und Handlungsnormen bestimmen das soziale Miteinander. Und es werden auch Gelegenheitsstrukturen geboten, Mitverantwortung zu übernehmen und sich dabei die für eine Demokratie unerlässlichen Fähigkeiten verständigungsorientierter Kommunikation und Kooperation anzueignen. Aber Demokratie als »Regierungsform«, das heißt, als Prinzip der Gestaltung von Entscheidungen und des Umgangs mit Macht, wird in diesen Organisationen nur wenig realisiert. Die Jugendlichen werden nur selten ermutigt, den Weg von der »Binnendemokratie« in die demokratische Politik und Öffentlichkeit der Kommune zu gehen. Gerade Kommunen können aber ideale Orte sein, auch Jugendlichen demokratische Beteiligungsrechte zuzugestehen und sie in öffentliche Diskurse und Entscheidungen einzubeziehen.

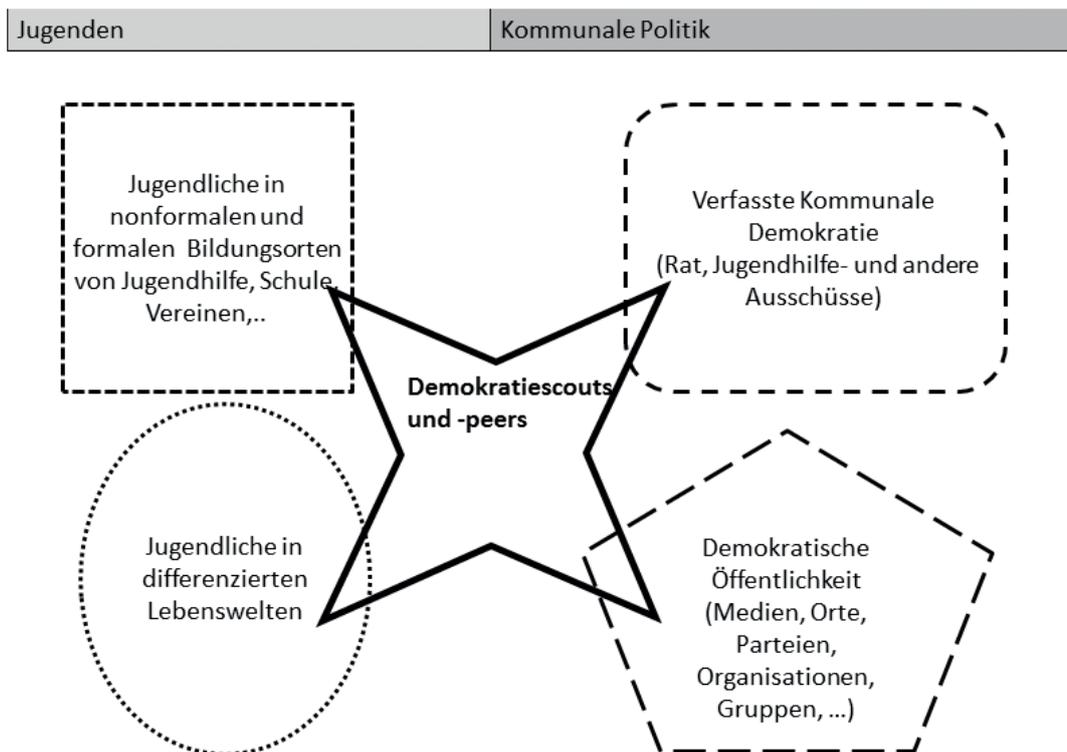
Es gilt daher, Jugendlichen in ihrer Vielfalt einen für sie gangbaren spezifischen Zugang zu den lokalen demokratischen Strukturen und Prozessen zu eröffnen. Hier können Jugendliche ihre Positionen und Interessen einbringen, hier können sie sich an deliberativen Entscheidungsfindungs- und Konfliktlösungsprozessen beteiligen und Mitverantwortung für die Umsetzung und Revision von Entscheidungen übernehmen.

Das Konzept der »Demokratie-Scouts und -Peers« als Befähiger und Vermittler jugendlicher kommunalpolitischer Partizipation

Professionelle »Demokratie-Scouts« und jugendliche »Demokratie-Peers« (als Ehrenamtliche oder Honorarkräfte) können für den kommunalpolitischen Raum eine solche Unterstützungsstruktur bilden. Sie sollen vermitteln zwischen unterschiedlichen Betroffenen (zum Beispiel Jugendlichen und Erwachsenen) bei der Einbeziehung der Jugendlichen in die lokale Öffentlichkeit und Demokratie. Hierzu gehört auch die Bereitstellung spezifischer Beteiligungsstrukturen, die es Jugendlichen ermöglichen, sich in jugendlichen Lebenswelten und an institutionellen Orten an der lokalen Öffentlichkeit und verfassten Kommunaldemokratie zu beteiligen.

Als »Demokratie-Scouts« werden erwachsene hauptamtliche Fachkräfte bezeichnet, deren Aufgabe darin besteht, eine intermediäre Unterstützungsstruktur für eine jugendbezogene demokratische Öffentlichkeit und partizipative Entscheidungsfindung vorzuhalten. Die vordringliche Aufgabe der Scouts ist es dabei, im Prinzip

alle unterschiedlichen – auch die marginalisierten – Jugendgruppierungen zu kontaktieren und zu ermächtigen, ihre Stimme in die lokalpolitischen Öffentlichkeiten einzubringen. Sie sollen in die Lage versetzt werden, sich an kommunalpolitischen Dialogprozessen und an der Entscheidung und der mitverantwortlichen Umsetzung von kommunalpolitischen Vorhaben zu beteiligen. Die Konzentration auf jugendliche Lebenswelten und benachteiligte Zielgruppen legt nahe, neben den Fachkräften auch Jugendliche selbst an einem solchen Scouting und Empowerment zu beteiligen und auf diese Weise für die Entwicklung jugendgerechter und subkulturspezifischer Artikulations- und Kommunikationsformen zu sorgen.



Die jugendlichen Demokratieunterstützer, die sich eng mit den hauptamtlichen »Demokratie-Scouts« abstimmen, werden als »Demokratie-Peers« bezeichnet. Die »Demokratie-Scouts und -Peers« (DSP) haben die Aufgabe, die Akteure in den anderen kommunalen Demokratiefeldern dabei zu unterstützen, die Jugendbeteiligung zu institutionalisieren und Jugendliche in allen jugendrelevanten Konflikten und Entscheidungsfragen einzubeziehen. Die »Demokratisescouts und -Peers« unterstützen Jugendliche dabei, sich – etwa in Initiativen und Vereinen – selbst zu organisieren oder sich mit ihren Anliegen in lokalen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Bildungseinrichtungen zu engagieren. Die DSP suchen von sich aus die Kommunikation mit Jugendszenen und unterstützen Betroffene und Beteiligte, die um Vermittlung bitten. Die DSP können zudem von sich aus jugendrelevante öffentliche Konflikte und Probleme aufgreifen und beispielsweise auf eine dialogische Konfliktlösung unter Einbeziehung aller Beteiligten hinwirken.

Förderung demokratischer Partizipation ausgehend von jugendlichen Lebenswelten

Vielen Jugendszenen – gerade auch aus benachteiligten Milieus – ist es fremd, sich als potentielle Akteure kommunaler Demokratie zu verstehen. Sie benötigen »Demokratie-Scouts und -Peers«, die sich dafür einsetzen, dass diese Jugendgruppierungen als gleichberechtigte Akteure der lokalen Öffentlichkeiten anerkannt werden und sie dabei unterstützen, die Relevanz ihrer lebensweltlichen Themen für die lokalen Diskurse wahrnehmen zu können. Die DSP präzisieren in ersten Aushandlungsprozessen mit den Jugendlichen, welche Inhalte,

Anliegen, Interessen und Konflikte diese in welcher Form und in welchen kommunalen politischen Öffentlichkeiten artikulieren wollen. Dabei geht es nicht darum, schon konstruktive Lösungen mit den Betroffenen zu entwickeln, sondern sie zu befähigen, ihre Position gemeinsam zu bestimmen, mit Hilfe geeigneter Medien mit anderen lokalen Beteiligten zu kommunizieren und sich so selbstbestimmt in einen ausgangsoffenen demokratischen Aushandlungsprozess einzubringen.

Die DSP schaffen dafür als Vermittler geeignete Foren und Methoden, die es den Jugendlichen ermöglichen, sich in eine öffentliche Debatte mit anderen (erwachsenen) Beteiligten, Gruppierungen, Interessenvertretungen, Organisationen einzubringen und zu verständigen. Dabei sind alle jugend- und milieuspezifischen medialen Ausdrucks- und Kommunikationsmedien erlaubt. Auf dieser Grundlage kann eine jugend- und themenspezifische Öffentlichkeit entstehen, die sich in ihren kommunikativen Formen den wechselnden Inhalten und Beteiligten anpasst und inhaltlich offen und methodisch flexibel immer neu erzeugt wird.

Förderung demokratischer Partizipation in und ausgehend von Institutionen

Organisationen der außerschulischen Bildung wie auch Schulen mit außerschulischen Anteilen (z. B. Ganztagsangebote) können in mehrfacher Hinsicht zur Demokratisierung beitragen: zum einen, indem sie sich für die demokratische Teilhabe nach innen öffnen und demokratische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse auf allen Ebenen ermöglichen. Zum anderen, indem sie zum Ausgangspunkt jugendlicher Beteiligung an demokratischer Öffentlichkeit und kommunaler Entscheidungsfindung werden. Die DSP ersetzen also keinesfalls die demokratiebildenden Aufgaben dieser Organisationen, sie sollen sie vielmehr bei ihrer Entfaltung unterstützen und qualifizieren. Die DSP setzen sich dafür ein, dass auch bisher nicht organisierte Jugendliche die Möglichkeit haben, sich in Vereinen und Initiativen selbst zu organisieren oder in lokalen Organisationen (z. B. der Jugendverbandsarbeit) zu integrieren. Die Initiativen etablierter Jugendverbände, junge Menschen mit Migrationsgeschichte zu unterstützen, eigene Strukturen aufzubauen, können eine wichtige Orientierung sein (Deutscher Bundesjugendring: Positionspapier zur Jugendverbandsarbeit und Integration, 2010).

Die verfassten demokratischen Strukturen der Kommune (Rat, Ausschüsse, Verwaltung) sorgen – unterstützt von DSP – dafür, dass politische Themen und öffentliche Debatten Jugendlicher inhaltlich und formal entscheidungsrelevant werden. Die Kommune bringt selbst jugendrelevante Themen in den Verständigungsprozess mit jugendlichen Betroffenen ein. Kommunale Demokratie muss in beide Richtungen offen sein: den Interessen jugendlicher Bürger/innen wird Geltung verschafft, zugleich bringt die Kommunalpolitik ihre eigenen Themen in öffentliche jugendpolitische Diskussionen ein.

Das heißt im Einzelnen: Die Kommune

- öffnet sich den mit Hilfe der DSP ermöglichten Meinungsbildungsprozessen Jugendlicher und beteiligt sich an gemeinsamen Dialogprozessen – auch unter Nutzung neuer und jugendtypischer Medien.
- richtet dauerhafte Kommunikationsstrukturen zwischen Kommunalpolitik und Jugendlichen ein (z. B. jährliche Jugendkonferenzen, Jugendparlamente, Jugendforen im Web).
- realisiert landesrechtliche Regelungen zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an kommunalen Entscheidungen, z. B. in der Gemeindeordnung.
- nutzt die formalen und außerschulischen Bildungsorte, um von sich aus Zukunfts- und Gemeinwohlthemen in den Dialog mit Jugendlichen zu bringen.

- nutzt in Ausschüssen und Verwaltung partizipative Methoden und Medien, um die lokalen Lebenslagen und spezifischen Bedarfen der Jugendlichen zu ermitteln.
- hält in Ausschüssen und Verwaltung – auch mit Hilfe der DSP – Kontakt zu deliberativen Jugendforen und beteiligt sie, wo möglich, auch an der Erstellung von Vorlagen.
- erstellt die Jugendhilfe- und lokale Bildungsplanung mit Hilfe partizipativer Methoden.
- fördert die Beteiligung der Jugendlichen an der lokalen demokratischen Öffentlichkeit.

Die kommunale demokratische Öffentlichkeit wird erweitert und intensiviert durch die Aktivitäten auf den Ebenen:

1. der scoutgeförderten Artikulation ausgehend von den Lebenswelten der Jugendlichen,
2. der partizipativen Strukturen der außerschulischen Bildungsorte und der von ihnen ausgehenden kommunalpolitischen Einmischungen,
3. den Maßnahmen der verfassten Kommune zur stärkeren strukturellen Verankerung von Jugendpartizipation in ihren Entscheidungen.

Aber auch darüber hinaus gilt es, Jugendlichen Zugänge zu kommunalen Öffentlichkeiten zu verschaffen. Solche Möglichkeiten sind z. B.:

- Einrichtung webbasierter lokaler Beteiligungsforen
- Finanzielle Förderung lokaler Jugendseiten
- Förderung von Schülerzeitungen und sozialen Medien auf lokaler Ebene
- Jugendhearings der Parteien, Gastkommentare von Jugendlichen in lokalen Parteipublikationen
- Parteien laden jugendliche Gastkommentatoren zu kommunalen Entscheidungsvorlagen und Programme ein und dokumentieren die gemeinsame Debatte
- Formen kollaborativem (digitalen) Arbeitens machen die Diskussionen und Entscheidungen im politischen Raum transparent
- Lokale Videoproduktionen (z. B. des Jugendzentrums) werden im Vorprogramm der Rastsitzung gezeigt
- Eine Jugendvideowand auf Festen wird durch Jugendgruppen bespielt
- Fotostorys zu lokalen Themen werden im Rathaus ausgestellt

Institutionelle Positionierung der »Demokratie-Scouts und -Peers«

Die hier vorgeschlagenen »Demokratiescouts und -Peers« können bei Kommunen und Kreisen in den Jugendämtern oder in Stabsstellen der Bürgermeister/innen angesiedelt werden. Hier haben sie eine direkte Anbindung an die verfasste Demokratie, deren Gremien und die kommunale Verwaltung, sind aber in die amtliche Hierarchie eingebunden. Eine andere Möglichkeit ist, sie bei freien Trägern der Kinder- und Jugendarbeit anzubinden. In dörflichen Regionen werden auf Kreisebene angesiedelte »Demokratie-Scouts« kaum die differenzierten politischen Strukturen der einzelnen Orte sowie deren – teilweise sehr kleine – spezifische Jugendszenen partizipativ einbeziehen können. In solchen Regionen könnten »Demokratie-Scouts« zu »Demokratie-

Nomaden« werden, die mit medial ausgestatteten Bussen Jugendliche in kleinen Orten aufsuchen und in kleinen, kurzfristigen Projekten ihre Bedarfe und Interesse erkunden.

Hinweis

Dieser Beitrag ist zuerst erschienen in: Stiftung Mitarbeit (Hrsg.): Jugendbeteiligung vor Ort • Selbstwirksamkeit und Empowerment junger Menschen, Beiträge zur Demokratieentwicklung von unten Nr. 31, Bonn 2021, S. 87-95.

Anmerkungen

(1) Bei diesem Text handelt es sich um eine von Martina Bechtle gekürzte Fassung von: Sturzenhecker, Benedikt: Demokratiescouts. Ein Vorschlag zur Stärkung jugendlicher Partizipation an demokratischen Öffentlichkeiten und Entscheidungen in der Kommune. In: Knauer, Raingard/Sturzenhecker, Benedikt (Hrsg.): Demokratische Partizipation von Kindern. Beltz Juventa. Weinheim 2016, S. 218-230.

(2) vgl. § 11 SGB VIII

Autor

Benedikt Sturzenhecker, Dr., Dipl. Päd., ist Professor für Sozialpädagogik und außerschulische Bildung an der Universität Hamburg.

Redaktion

Stiftung Mitarbeit
Redaktion eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft
Eva-Maria Antz, Ulrich Rüttgers
Ellerstr. 67
53119 Bonn
E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de